

# Staatliche Zwangsarbeit - Dank DGB!

## Leiharbeit muß in jeder Form bekämpft werden

Eine gemeinsame Tarifkommission der *DGB-Gewerkschaft* verhandelt mit dem *Bundesverband Zeitarbeit* (BZA) über einen Tarifvertrag für die so genannte Arbeitnehmerüberlassung einschließlich der **Personal-Service-Agenturen** (PSA) und der Arbeitsämter. Damit sollen erstmals bundesweit flächendeckend einheitliche Bedingungen geschaffen werden. Seit dem 21. Februar 2003 liegt ein Entwurf mit so genannten Eckpunkten vor: „*Darüber wird aus unserer Sicht die Zeitarbeit endlich zu einem ganz normalen Wirtschaftszweig*“, freut sich der Koordinator der DGB-Tarifgemeinschaft, Reinhard Dombre. Genau das sollte früher einmal auch aus Sicht der Gewerkschaftsführung verhindert werden. Spätestens mit der Beteiligung von *ver.di*- und *IG Metall*-VertreterInnen an der Hartz-Kommission für die Beratung „*moderner Dienstleistungen am Arbeitsmarkt*“ ist auch die Verteidigungslinie gegen Lohn- und Sozialabbau von der Gewerkschaftsführung aufgegeben worden.



## Erwerbslose und Beschäftigte sind betroffen

Die so genannten Reformvorschläge der Hartz-Kommission betreffen auf den ersten Blick die Arbeitslosen, doch die Wirkungen schlagen in die Betriebe durch. Gerade beim Thema „**Leiharbeit**“, gefördert durch die Personal-Service-Agenturen, wird das deutlich. Stehen doch nun KollegInnen mit unterschiedlichen Bedingungen und Bezahlung nebeneinander am gleichen Arbeitsplatz. Dies kann zur Entsolidarisierung führen, aber auch gerade zum Gegenteil, nämlich einem Brückenschlag zwischen Arbeitslosen und Erwerbstätigen, der bisher so schwierig war. Es kommt entscheidend darauf an, was wir daraus machen. Wir dürfen uns nicht gegeneinander ausspielen lassen.

## Die so genannten Hartz-Gesetze und was nach der Agenda 2010-Rede Schröders vom 14.3. noch alles folgen soll:

- Massive Kürzung der **Anrechnung von (Familien)-Einkommen und Vermögen** bei der Arbeitslosenhilfe mit der Folge, dass zehntausende verheirateter Frauen ihren Anspruch verlieren und ohne staatliche Hilfen dastehen (Grundsatz: 200 Euro pro Lebensjahr sind bei der ALHi/ALG II zulässig).
- **Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe**: arbeits-*un*-fähige Sozialhilfe-Bezieher und nicht mehr vermittelbare Langzeitarbeitslose sollen ab dem 1.1.2004 nur noch ein **Sozialgeld** in Höhe des durchschnittlichen Sozialhilfe-Ecksatzes (alle Zulagen werden inkl. der Miete pauschaliert) von bis zu 642 Euro bekommen; arbeits-*fähige* Sozialhilferecipienten und Erwerbslose erhalten das neue **Arbeitslosengeld II (ALG II)**, ebenfalls auf diesem Sozialgeld-Niveau.
- Einführung der **kommunalen Zwangsarbeit** für jugendliche Erwachsene unter 25 Jahren, wenn sie eine Arbeit ablehnen oder Fortbildungsmaßnahmen verweigern.
- Drastische Kürzungen bei **Ablehnung** einer „**zumutbaren**“ Arbeit um 30% als Strafe. Außerdem: Umkehr der Beweispflicht! Erwerbslose müssen begründen, warum für sie die Arbeit unzumutbar ist.
- Einführung staatlicher Zwangsarbeit über die neugeschaffenen **Personal-Service-Agenturen** (PSA) - der Arbeitsämter in Zusammenarbeit mit Sklavenarbeitsfirmen („Zeitarbeits“firmen) wie *Randstad*, der *Hamburger Arbeit*-Beschäftigungsförderungsgesellschaft' (HAB) oder der *Arbeiterwohlfahrt* zu Stundenlöhnen von unter 6,85 €, da der DGB per Tarifvertrag bereits festgelegt hat, dass es Abschläge für Langzeitarbeitslose geben wird, die in eine PSA abkommandiert werden. Erwerbslose haben nämlich nach drei Monaten Arbeitslosigkeit angeblich „Vermittlungshemmnisse“ – nach zwei Jahren sind sie gar nicht mehr *ausbeutungs*-verwendungsfähig (meint der Arbeitsamts-Chef Florian Gerster).
- Abschaffung des **Kündigungsschutzes** - speziell für über 50jährige KollegInnen.
- Der Anspruch auf **Krankengeld** soll künftig durch einen einseitig erhöhten Beitrag von bis zu 15 Euro monatlich für die Beschäftigten gesichert werden; das bedeutet eine Entlastung der Kapitalisten um 0,4 Prozent in der gesetzlichen Krankenversicherung. Außerdem kommen höhere Rezeptgebühren, Bußgeld fürs Arztwechseln, höhere Beteiligung bei Krankenhausaufenthalten und Heilbehandlungen.

## **Auswirkungen auf Arbeitslose / LeiharbeiterInnen:**

Es wird eine allgemeine Unsicherheit geschaffen: Jeder arbeitslose Mensch kann für eine PSA rekrutiert werden. Wer dies verweigert, kann aus dem Leistungsbezug gestrichen werden. In den Betrieben gelten Leiharbeiter als Beschäftigte zweiter Klasse und man läßt es sie spüren, nicht nur durch geringere Bezahlung. Noch mehr als Normalbeschäftigte müssen sie sich einsatzbereit und willig zeigen, jede Arbeit machen und möglichst nicht krank werden. Das bedeutet wiederum, dass sie von den KollegInnen als Außenseiter, Streber und potentielle Streikbrecher betrachtet werden. Dazu kommen erhöhte Anforderungen an Mobilität und berufliche Flexibilität.

## **Auswirkungen auf (noch) Normal - Beschäftigte:**

Die Belegschaften werden erpresst, weil die Normalbeschäftigten leicht gegen befristete Arbeitskräfte ausgetauscht werden können. Das Betriebsklima verschlechtert sich, die Möglichkeiten und der Wille, sich gegen Zumutungen der Unternehmensleitung zu wehren, nehmen noch mehr ab. Auch in relativ kampfstarken Betrieben (z.B. Opel Bochum) wird nun über den Einsatz von Leiharbeit diskutiert, um Personalkosten zu senken und die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens angeblich zu verbessern. Dies führt zur Vernichtung von Festarbeitsplätzen und zur Verunsicherung der gesamten Belegschaft, ganz im Sinne des Unternehmens: Wer Leiharbeit einsetzt, hat nicht nur einzelne Arbeitsplätze, sondern die gesamten Arbeitsbeziehungen im Visier.

## **Wir machen nicht mit bei der 'Modernisierung der Ausbeutung'!**

Wir lehnen die „Modernisierungs-Politik“ von Regierung und DGB-Gewerkschaften ab, weil wir nicht unsere eigene Ausbeutung verschärfen wollen. Wir latschen deshalb auch nicht mit auf den 1. Mai-Feiern des DGB und essen Fischbrötchen mit ihnen und der SPD-Clique um den Ex-Brechmittel-Innensenator Olaf Scholz. Warum? Weil die hochbezahlten DGB-Funktionäre Teil des kapitalistischen Systems sind; sie sind die Zuchtmeister in den Betrieben - sie sind eben nicht nur Arbeiter-Verräter, sondern sie setzen ihre ordnungspolitische Rolle in der *Deutschland AG* rabiat durch. Diese „Schill-Funktion“ zur Aufrechterhaltung der Ausbeutung und Profitmaximierung lassen sie sich in immer dreisteren Formen belohnen: Beteiligung an Beschäftigungsförderungs- und Qualifizierungs-Gesellschaften, Anteilseigner an PSA-Leiharbeitsfirmen wie in NRW, Aufsichtsrats- und Vorstandsposten bei der ‚HAB‘, die SozialhilfeempfängerInnen für 1 Euro Stundenlohn arbeiten lassen ... Es ist die Aufgabe des *Deutschen* Gewerkschaftsbundes, den sozialen Krieg gegen die eigene Klasse zu organisieren, einen Klassenkrieg, der gegen die arbeitende Bevölkerung geführt wird. Tagtäglich. Der millionenfache Arbeitsplatzabbau zur Erpressung der Regierung, um „Reformstaus“ zu beseitigen, „Beschäftigungshemmnisse“ abzubauen, indem immer mehr Menschen erwerbslos und dann auch noch aus dem Arbeitslosenhilfe-Bezug aussortiert werden. Als Entschuldigung kommt dann von Regierung und DGB die Leierkastenmelodie der veränderten globalen Wirtschaft, die von uns allen Opfer verlangt, damit der Standort Deutschland nicht gefährdet wird.

Da machen wir nicht mehr mit. Ya Basta!

**\* Kämpfen wir international für ein selbstbestimmtes Leben.\***

**Organisieren wir uns in den PSA gegen  
Zwangsarbeit und Niedriglöhne!!**

**Nicht jammern, aktiv werden: *Wir wollen nicht bloss ein Stück vom Kuchen, wir wollen die ganze Bäckerei!!***

**Beteiligt Euch an der sozialrevolutionären  
1. Mai - Demonstration!**

**um 9.30 Uhr - sozialrevolutionärer Block in der DGB-Demonstration - U-Feldstraße  
um 11 Uhr - Demonstration vom Fischmarkt zur eigenen Abschlußkundgebung**

---

**FAU★IAA**

**Fettstraße 23 – 20357 Hamburg-Eimsbüttel – Telefon: 040 - 432 21 24  
jeden Mittwoch Info von 18.30 bis 19 Uhr  
- S-Sternschanze und U-Christuskirche -**